

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 49

Gründung Sonntag  
Zugabe Preis Vierteljährlich 1,50 DM. Nur Postbeim  
Zustellung bei allen Postämtern

Berlin, den 4. Dezember 1927

Verlagshaus Berlin G. 2. Neuer Markt 12 IV  
Vertrieb Vierteljährlich 1,50 DM.  
Einzeln werden nicht aufgenommen

43. Jahrgang

## Die wirtschaftliche Aufteilung Deutschlands.

Von den Bedürfnissen der Wirtschaft zum politischen Einheitsstaat?

Hierzu wird uns geschrieben:

Im Vordergrund ernster politischer Erörterung steht heute das Streben nach Schaffung des politischen Einheitsstaates. Der Wille nach Ueberwindung der innerdeutschen politischen Grenzen ist allgemein so stark und er findet auch in den politischen Parteien so kräftigen Widerhall, daß man wohl noch mit einem Anwachsen dieser Bewegung rechnen kann.

Die Bewegung zum Einheitsstaat ist eine zwangsläufige. Schon die reiflose Durchführung der Artikel 6 bis 11 der Reichsverfassung nimmt den Ländern fast die Möglichkeit der Sonderexistenz. Daneben aber sind es die wirtschaftlichen Kräfte des Landes, die unbümmert der politischen Grenzen wegweisend für eine Neueinteilung Deutschlands wirken. Darum ist es auch kein Zufall, wenn gerade vom Sozialrecht her gesetzgeberisch eine neue Einteilung Deutschlands erfolgte, nämlich durch das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Sicher sind sich nicht allzuviel der Tragweite bewußt geworden, die durch die Bildung der neuen Reichswirtschaftsprovinzen Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern, Nordmark, Niedersachsen, Westfalen, Rheinland, Hessen, Mitteldeutschland, Sachsen, Bayern und Süddeutschland geschaffen ist. Denn hier werden, unbekümmert um politische Grenzen, lediglich nach der Struktur der Wirtschaft Abgrenzungen von Reichs wegen getroffen, die auch für die politischen Bestrebungen nach Vereinheitlichung des Reichs richtunggebend sein können. Es ist sogar anzunehmen, daß die zuständigen Reichsministerien mit der Abgrenzung der neuen Wirtschaftsprovinzen weittragende Pläne verbinden. Sollten wir uns in dieser Auffassung täuschen, dann wollen wir nicht unterlassen Wege zu weisen, die zum mindesten auf dem Gebiete des Sozialrechts eine bedeutende Vereinfachung der Verwaltung und damit eine Ersparnis an Kosten bedeuten.

Die naheliegendste Verbindung mit den neuen Wirtschaftsprovinzen ist die mit dem Artikel 165 der Reichsverfassung, der den Arbeitern und Angestellten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen, Betriebsarbeiterräte sowie nach Wirtschaftsbezirken gegliederte Bezirkswirtschaftsräte und einen Reichswirtschaftsrat verheißt. Die Betriebsräte sind bereits im Betriebsrätegesetz verankert. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat soll nach einem vorliegenden Gesetzentwurf in einen dauernden verwandelt werden. Aber das Mittelstück, die Verbindung zwischen diesem und jenem, ist noch nicht geschaffen. Wir geben die Schwierigkeiten

zu, die der Schaffung von arbeitsfähigen Bezirkswirtschaftsräten entgegenstehen, da dadurch an dem Bestand und an der Form der jetzigen Handels- und Industrie-, Handwerks- und Gewerbe- sowie Landwirtschaftskammern gerüttelt wird. Denn es wird keinem Verständigen einleuchten, daß die Wirtschaft bei der Einteilung in dreizehn Wirtschaftsbezirke noch 125 Handels- und Industriekammern, 67 Handwerks- und Gewerbekammern bedarf und noch weniger, daß in diesen Kammern nach wie vor einseitig Unternehmerinteressen vertreten werden. Wir verkennen auch nicht die Schwierigkeiten, die der Einführung des Räteystems in die kapitalistische Wirtschaft überhaupt entgegenstehen. Erreicht werden muß die Weiterentwicklung des wirtschafts-demokratischen Gedankens, in den der Hauptfaktor aller Wirtschaft, der schaffende Arbeitsmensch, mitbestimmend und verantwortlich hineingestellt wird.

Bringen wir die Wirtschaftsprovinzen mit der Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung und deren Verwaltungsbezirke in Verbindung, dann drängen sich ohne weiteres Möglichkeiten der Vereinfachung auf. Die Neueinteilung der aus der Vorkriegszeit stammenden 42 Verwaltungsbezirke der Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten würde sicher nicht zum Schaden der Versicherten ausfallen, was wohl auch von den 11 Berufsgenossenschaften zu sagen ist, trotzdem hier vorher noch die Frage nach beruflichen und regionalen Abgrenzungen zu klären wäre. Wie weit sich die neue Einteilung auf die Krankenversicherung auswirken würde, bleibe dahingestellt, da die Reichsversicherungsordnung bisher das Nebeneinanderstehen verschiedener Kassenarten ermöglichte. Aber wer will den Zustand verteidigen, daß neben 2172 Ortskrankenkassen und 435 Landkrankenkassen noch 4246 Betriebskrankenkassen und 763 Innungskrankenkassen bestehen?

Wenden wir uns den Arbeitsgerichten zu. Wir wollen gewiß nicht die Wirtschaftsprovinzen mit den Landesarbeitsgerichtsbezirken identifizieren, weil wir wissen, daß die Landesarbeitsgerichte einigermaßen ohne viel Unkosten erreicht werden müssen. Aber welcher Teufel hat seine Finger im Spiel gehabt, daß drei ineinander verwachsene Städte, die wirtschaftseinheitlich ein Ganzes bilden, auch drei Landesarbeitsgerichte bekommen mußten, wie Altona, Hamburg und Harburg. Wenn der jetzige Bezirk Nordmark der Landesarbeitsverwaltung, der sich über die politischen Grenzen Preußens, Hamburgs, Lübecks, Mecklenburgs

Schwerins und Oldenburgs erstreckt, neben Hamburg ein Landesarbeitsgericht in Kiel, Oldenburg und Bütrow unterhält, dann genügt das vollkommene Beispiel soll gezeigt werden, wie wegweisend die neuen Wirtschaftsprovinzen sind. Daß sie auch Anwendung auf die Schlichterbezirke finden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Und eine Frage von nicht geringerer Bedeutung ist die, ob sich nicht auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Unternehmer der neuen Gebietseinteilung anpassen müssen.

Daß die hier aufgezählten Umstellungen nicht von heute auf morgen erfolgen können, ist ohne weiteres klar. Uns lag daran, einmal die Möglichkeiten aufzuzeigen, die durch den mutigen Beschluß des Vorstandes der Reichsarbeitsverwaltung zur Schaffung der dreizehn Reichswirtschaftsprovinzen gegeben sind. In der Zeit der Rationalisierung innerhalb der Verwaltung wird auch die Regierung bei ihrer angekündigten Verwaltungsreform an den hier vorgebrachten Andeutungen nicht vorübergehen können. Wenn die gesamten Reichsverwaltungen im Rahmen der Möglichkeiten auf die dreizehn Reichswirtschaftsprovinzen abgestellt würden, erreichen wir dann nicht praktisch die Ueberwindung der politischen Grenzen? Was nachbleibt, wäre der Juristerei und den Politikern zu überantworten, um die staatsrechtliche Form für den neuen Reichsbau zu finden. — — —

Die Einteilung der dreizehn Landesämter der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist in folgender Weise geschehen:

1. Landesarbeitsamt Ostpreußen für die Provinz Ostpreußen.
2. Landesarbeitsamt Schlesien, umfassend die Provinzen Ober- und Niederschlesien sowie den Kreis Fraustadt.
3. Landesarbeitsamt Brandenburg für die Provinzen Brandenburg und Grenzmark sowie die Stadt Berlin.
4. Landesarbeitsamt Pommern, umfassend die Provinz Pommern und den Freistaat Mecklenburg-Strelitz.
5. Landesarbeitsamt Nordmark für die Provinz Schleswig-Holstein, die Freistaaten Hamburg, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, die Grafschaft Lauenburg und verschiedene oldenburgische und hannoversche Kreise.
6. Landesarbeitsamt Niedersachsen für die Provinz Hannover, die Freistaaten Oldenburg, Bremen, Braunschweig und Schaumburg-Lippe.

7. Landesarbeitsamt Westfalen, umfassend die Provinz Westfalen und den Freistaat Lippe-Deimold.
8. Landesarbeitsamt Rheinland für die Rheinprovinz und das Land Birkenfeld.
9. Landesarbeitsamt Hessen für die Provinz und den Freistaat Hessen, den Freistaat Waldeck und den Kreis Wehlar.
10. Landesarbeitsamt Mitteldeutschland, umfassend die Provinz Sachsen, den Freistaat Thüringen und den Kreis Schmalkalden.
11. Landesarbeitsamt Sachsen für den Freistaat Sachsen.
12. Landesarbeitsamt Bayern für den Freistaat Bayern ohne die Rheinpfalz.
13. Landesarbeitsamt Südwestdeutschland, umfassend den Freistaat Württemberg, den Freistaat Baden, die Rheinpfalz und das Land Hohenzollern.

### Der schlesische Tarifstreit.

In Nr. 46 der „Buchbinder-Zeitung“ berichteten wir, daß in dem Tarifstreit mit den Firmen T. I. Heinze und Loewenthal in Brieg und Lommel & Nake in Striegau von einer durch den Schlichter für Niederschlesien gebildeten Schlichtungskammer ein Schiedsspruch gefällt worden war. Diesen Schiedsspruch hatten die Unternehmer abgelehnt, wir hatten ihn dagegen angenommen und dann beim Reichsarbeitsminister seine Verbindlichkeit beantragt.

Aus diesem Anlaß fanden am 24. November im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen durch einen Regierungsvertreter mit den Parteien statt. Das Resultat der mehrstündigen Verhandlungen war, daß im Streit mit den Firmen T. I. Heinze und Loewenthal in Brieg eine neue tarifliche Vereinbarung zustande kam.

Nach dieser Vereinbarung erhöhen sich die Löhne des bisherigen Sondertarifs für die Zeit vom 30. Juni 1927 bis zum 29. Dezember 1927 bei der Firma Loewenthal für Männer und Frauen um 12½ Proz., bei der Firma Heinze für Männer um 6¾ Proz. und für Frauen um 10 Proz. Für die Zeit vom 30. Dezember 1927 bis zum 15. April 1928 beträgt die Erhöhung bei der Firma Loewenthal für Männer 20 Proz., für Frauen 18 Proz., bei der Firma T. I. Heinze für Männer 13 Proz. und für Frauen 18 Proz.

Mit dieser Vereinbarung ist nunmehr zwischen uns und den beiden Firmen eine neue sonder-tarifliche Regelung der Löhne zustande gekommen. Diese Vereinbarung entspricht zwar keineswegs dem, was wir für angemessen gehalten hätten, sie bringt jedoch ein Näherrücken an den Reichstarif, und da unter den obwaltenden Umständen mehr nicht zu erlangen war, hat unsere Verbandsleitung sie abgeschlossen. Der Antrag auf Verbindlichkeit des Schiedspruches wurde zurückgezogen.

Mit der Firma Lommel & Nake in Striegau hat sich eine Vereinbarung nicht treffen lassen. Es wurde deshalb unser Antrag auf Verbindlichkeit des Schiedspruches, soweit er diese Firma betrifft, aufrechterhalten. Die Entscheidung ist bisher noch nicht gefällt.

## Der Ausschuß des ADGB.

trat am 24. und 25. November zu seiner 10. Sitzung zusammen. Leipart eröffnete die Tagung mit kurzen Darlegungen über die Aussperrung der Tabakarbeiter. Er kam sodann auf die Grenzstreitigkeiten zwischen den Verbänden zu sprechen, die sich in letzter Zeit gehäuft haben und erstattete einen gedrängten Bericht über den Internationalen Gewerkschaftskongress in Paris und die Verhandlungen, die in den nachfolgenden Monaten über die Wahl des Präsidenten und die Frage der Sitzverlegung geführt worden sind. Es geht nach der Ansicht des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes nicht an, daß dem IOB ein Präsident aufgedrungen wird, der nicht das Vertrauen der angelsächsischen Landeszentralen genießt. Die Engländer halten befanntlich an der Kandidatur Purcell für den Vorstand des IOB fest. Der Ausschuß des IOB, der im Januar des nächsten Jahres in Berlin zusammentritt, wird die Wahl des Generalsekretärs vornehmen. Er soll weiter auch über die Sitzverlegung entscheiden.

An Stelle der bisherigen Beilage der Gewerkschaftszeitung „Arbeitsrecht und Arbeitslosenversicherung“ wird vom Januar ab eine selbständige Zeitschrift treten.

Leipart berichtete dann über eine Reihe von Eingaben an Behörden aus der letzten Zeit, ein Gebiet, das in der Stille bearbeitet wird, aber doch große Bedeutung hat. Der Bundesvorstand hat sich z. B. in einer Eingabe an den preussischen Wohlfahrtsminister gewandt, um eine Milderung der ungünstigen Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Gleichstellung der Berufskrankheiten mit den Unfällen zu erreichen. Als „geeignete Ärzte“ im Sinne der Verordnung und als Gutachter bei den Versicherungsämtern sollen nicht die angestellten Ärzte der Berufsvereinigungen, sondern die beamteten Gewerbemedizinalräte herangezogen werden, die als Beamte die Gewähr dafür bieten, daß sie frei von dem wirtschaftlichen Interesse der Berufsvereinigungen helfen werden. Das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Verordnung über die Berufskrankheiten wiederzugewinnen.

Eine weitere Eingabe an den Reichsinnenminister sowie die Länderregierungen und Parlamente beschäftigt sich mit der sozialhygienischen Ausbildung der Medizinstudierenden. Sie fordert im Interesse der Sozialversicherung und der ärztlichen Mitarbeit im Arbeiterchutz die Errichtung von Lehrstühlen für soziale Hygiene an den Universitäten, um so zu ermöglichen, daß die Medizinstudenten Unterricht in sozialer Hygiene erhalten können und sich in ihrem Staatsexamen über Kenntnisse auf diesem Gebiete ausweisen müssen. Die zurzeit in Umgestaltung befindliche Prüfungsordnung für Ärzte bietet die Handhabe für eine Änderung in diesem Sinne.

Der Bundesvorstand hat sich auch in einer umfangreichen Eingabe an das Reichsfinanzministerium für die Erhöhung des steuerfreien Lohnabzuges eingesetzt. Er hat ferner Stellung genommen gegen die Erteilung von Religionsunterricht an den Berufsschulen.

Am Schlusse seiner Ausführungen brachte Leipart dem Ausschuß eine Entschliekung zur Kenntnis, in der der Bundesvorstand Stellung nimmt zu der Frage der Zustandsanteilen und der Steuerpolitik der Reichsregierung. Diese Entschliekung ist an anderer Stelle dieser Nummer wiedergegeben.

Dann berichtete zunächst Deichmann über die Vorgänge, die zur Aussperrung der Tabakarbeiter geführt haben. In der anschließenden Debatte erklärten die Verbandsvorstände einmütig, daß angesichts der durch die Aussperrung geschaffenen Notlage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Tabakindustrie dem Tabakarbeiter-Verband die Hilfe des Bundes gewährt werden müsse. Der Bundesausschuß beschloß daher einstimmig, dem Tabakarbeiter-Verband die Bundeshilfe zu gewähren. Alle Verbände werden zu diesem Zweck jede Woche 10 Pfennig pro männliches und 5 Pfennig pro weibliches Mitglied an die Bundestasse leisten. Für den Fall, daß die Aussperrung noch weitere Ausdehnung erfahren sollte, wurde der Bundesvorstand zugleich ermächtigt, diese Beitragssätze entsprechend zu erhöhen.

Ueber „Fragen der Lohnpolitik“ sprach der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung beim Bundesvorstand, Spliedt. Er erörterte Vorschläge einiger Verbände zur Änderung des Hausarbeitsgesetzes. Eine weitere Ausdehnung der amtlichen Lohnfestsetzung in den Industrien mit starker Heimarbeit könne der Bundesvorstand nicht gutheißen. Bei Meinungsverschiedenheiten der Verbände über die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen müsse rechtzeitig der Bundesvorstand zur Klärung des Falles angerufen werden. Die Mehrheit der Verbände habe sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt. Spliedt unterzog sodann die Lage einer Prüfung, die auf lohnpolitischen Gebieten entstanden ist durch Lohnbewegungen während der Geltungsdauer eines Tarifvertrages und durch die sich häufende Anwendung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen. Die Zahl der Fälle, in denen ein Schlichtungsverfahren bis zur Verbindlichkeitserklärung durchgeführt wurde, hat im Jahre 1926 abgenommen.

In der Aussprache, die dem Referat von Spliedt folgte, wurde die Frage der Verbindlichkeitserklärung eingehend erörtert. Es kamen auch alle Bedenken zu ihrem Recht, die gegen die von Unternehmern vielfach gewünschte Befestigung der Verbindlichkeitserklärung sprechen, das heißt gegen das Recht des Staates, im gesamtwirtschaftlichen Interesse in die Arbeitskämpfe einzugreifen. Die starke Propaganda der Unternehmer gegen die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen, gegen Zwangsstarife, ist schon ein deutlicher Beweis, daß ihre Befestigung von ihnen erstrebt wird, um von den Tarifverträgen überhaupt loszukommen und Betriebsvereinbarungen mit „ihren“ Belegschaften abzuschließen zu können. Die Befestigung kann daher nicht in Frage kommen. Die Verbindlichkeitserklärung darf aber nicht zur Regel werden, sie muß Ausnahme bleiben, ihre mißbräuchliche Anwendung muß beschränkt werden. Insbesondere wurde die lange Dauer von Zwangsstarifen als ein Mißbrauch der Verbindlichkeitserklärung von den Rednern hervorgehoben.

Indessen darf auch nicht übersehen werden, daß unter Umständen die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen sich als eine Zwangserziehung der Unternehmer zum Kollektivismus auswirken kann. Die „Tariffreudigkeit“ der Unternehmer besteht vermutlich für viele Industrien und manche Kategorien von Arbeitern nur so lange, als ihr Kampf gegen die Verbindlichkeitserklärung noch nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt hat. Es wäre daher nicht zu verantworten, die Unternehmer in diesem Kampf, dessen Ziel ist, dem Staat wieder jedes Eingriffsrecht in die Wirtschaftskämpfe zu nehmen, den Staat in die Nachhinterrolle zurückzubringen, ohne weiteres zu unterstützen. Es liegt auf der Linie der allgemeinen wirtschaftsorganisatorischen Ziele der Gewerkschaften, die Stellung des Staates gegenüber der Wirtschaft zu stärken und nicht, sie zu schwächen. Selbstverständlich besteht auch ein nicht weniger starkes Interesse der Gewerkschaften, die Handlungsfreiheit der Organisationen nicht unnötig zu beschränken. Die Gewerkschaften können und wollen nicht darauf verzichten, aus eigener Kraft und unter eigener Verantwortung mit den Unternehmern zu Tarifverträgen zu gelangen und dem Gedanken des Kollektivismus durch die Macht ihrer Organisationskraft Geltung zu verschaffen. Die Macht der Gewerkschaften, der Ausbau ihrer Organisationen ist die gesunde Grundlage des Kollektivismus. Sie ist die Voraussetzung dafür, daß das Eingreifen des Staates durch Zwangsschiedsprüche nicht eine Ausdehnung erfährt, die der Freiheit der Organisationsgrenzen zieht. Der Zwangstarif kann praktisch reiflos befestigt werden, wenn die Unternehmer ebenso wie die Gewerkschaften bereit sind, auf der Grundlage der Freiwilligkeit Tarifverträge abzuschließen. Die Gewerkschaften sind ihrerseits bereit, diese Erziehungsarbeit zu leisten. Eine Milderung des Gesetzes ist dann nicht erforderlich.

In seinem Schlusswort führte Spliedt aus, daß der Schutz der Heimarbeit nicht dadurch möglich ist, daß dem Zwischenmeister sein Lohn garantiert wird. Mit dem Zwangstarif schaffen die Gewerkschaften für Millionen Unorganisierte rechtsgültige Tarifnormen, ohne daß diese Unorganisierten einen Finger zu rühren

# Der Bundesausschuß des ADGB. zur Wirtschafts- lage.

**Einstimmig angenommene Entschliebung der 10. Sitzung des Bundesausschusses.**

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt, daß zum

## Ausbau der produktiven Kräfte in der deutschen Wirtschaft

vorläufig noch der Zustrom ausländischer Kredite unentbehrlich ist. Er muß deshalb mit Bedauern feststellen, daß der weitere Zustrom dieser Kapitalien in jüngster Zeit durch mannigfaltige Maßnahmen und Reden gefährdet worden ist. Insbesondere hält er die Kritik an der Finanzgebarung der deutschen Kommunen, die mehr politischer Voreingenommenheit als wirtschaftlicher Erwägung zu entspringen scheint, um so weniger für berechtigt, als die Höhe der von den Kommunen ausgenommenen Auslandsschulden beispielsweise nicht den Betrag übersteigt, den das Deutsche Reich ebenso

## freigebig wie unberechtigt der Ruhrindustrie geschenkt hat.

Die Zins- und Amortisationslast, die für die Gesamtheit der Auslandskredite aufzubringen ist, gefährdet die deutsche Währung nicht. Wohl aber bedeutet jede Erschütterung des Vertrauens des Auslandes in die öffentliche und private Wirtschaft Deutschlands eine

## Gefährdung der Konjunktur.

Im allgemeinen mühen kommunale Auslandsanleihen der Volkswirtschaft im gleichen Maße, wie es — ebenso allgemein — private Auslandskredite tun. Die Gewerkschaften halten insbesondere die Finanzierung des Wohnungsbauens, dessen Förderung dringenden sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen entspringt,

durch Aufbringung sowohl von öffentlichen Mitteln als auch von Auslandsanleihen für eine dringende und auch durchaus produktive Ausgabe.

Der Reichshaushalt ist in seinen Einnahmen weit über den Voranschlag hinausgekommen. Leider hat sich dabei wiederum gezeigt, daß sich die tatsächliche Besteuerung noch weit unsozialer zeigt als der Voranschlag. Diejenigen Steuern, die unter der Bezeichnung der Massensteuern zusammenzufassen sind, haben unverhältnismäßig hohe Beträge ergeben, müssen daher in erster Linie abgebaut werden. Insbesondere ist alsbald die bereits gesetzlich vorgeschriebene

## Äbänderung der Lohnsteuer

in Angriff zu nehmen, desgleichen eine Senkung der die Lebenshaltung einengenden Zölle.

Der Ausgleich im Haushalt ist durch eine

## Verstärkung der Erbschaftsteuer,

durch zweckentsprechenden Ausbau des Branntweinmonopols und durch eine auf wirtschaftlichen Gesichtspunkten beruhende Umgestaltung der Verwaltung in Richtung auf den

## Einheitsstaat

herbeizuführen. Bis dahin sind die Beträge, die das Reich den Ländern zur Verfügung stellt, keinesfalls zu vermehren und die Mehrüberweisungen der letzten Zeit wieder abzubauen.

**Den Mitgliedern der Gewerkschaften wird es zur Pflicht gemacht, vorbehaltslos und in jeder Weise das Streben nach der deutschen Reichseinheit zu fördern.**

brauchten. Im lohnpolitischen Ausschuß muß die Frage in ihrer ganzen Tragweite weiterhin ernsthaft unter allen Gesichtspunkten geprüft werden, ohne daß ihm dafür eine bindende Richtlinie gegeben wird.

Beipart sagte die Aussprache noch einmal zusammen. Niemand, so erklärte er, hat in der Debatte den Standpunkt vertreten, daß es nicht notwendig sei, die Wirkung der Verbindlichkeitserklärung einzuschränken. Die Meinungen sind nur geteilt in der Frage, wie weit und in welcher Form diese Einschränkung notwendig sei, weil hier die Verhältnisse in den Verbänden verschieden liegen. Die Gewerkschaften waren stets bereit, sich mit Rücksicht auf die allgemeinen Interessen bei der Anwendung ihrer Machtmittel gewisse Beschränkungen aufzuerlegen. Der Bundesausschuß hat durch die Debatte zum Ausdruck gebracht, daß es der Idealzustand wäre, wenn die Gewerkschaften durch eigene Macht die Unternehmer allgemein zum Abschluß von Tarifverträgen erzwingen würden. Man kann es nicht ablehnen, dem Staat die Möglichkeit zu geben, in die Lohnstreitigkeiten einzugreifen und auch Verbindlichkeitserklärungen auszusprechen. Aber es ist auch Zeit, diese Befugnisse der Behörden einzuschränken.

(Ueber die Verhandlungen des Bundesausschusses über „Wertportvereine und Werksjugendpflege“ berichten wir in unserer Jugendbeilage in Nr. 50.)

Dann berichtete Genosse Schlimme über die Vorschläge der Kommission, die für die Vereinheitlichung des Unterstützungswesens der Gewerkschaften dem Bundesausschuß zur Beschlussfassung vorliegen. Trotzdem das Arbeitslosenversicherungsgesetz ab 1. Oktober den Arbeitslosen einen Rechtsanspruch auf Unterstützung nach dem Durchschnittsverdienst der letzten 13 Wochen gewährt, soll die Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaften weiter gewährt werden. Da nur wenige Verbände die Unterstützung an Arbeitslose,

Kranke und Reisende als gesonderte Einrichtungen führen, wird zum Zwecke der Einheitlichkeit vorgeschlagen, die Erwerbslosenunterstützung als zusammenfassende Unterstützung einzuführen. Die überaus differenzierten Unterstützungen sollen eine Angleichung dadurch erfahren, daß künftig ein einheitlicher Multiplikator nach dem wöchentlichen Hauptkassenbeitrag der Mitglieder der zur Grundlage der Berechnung der täglichen Unterstützung genommen wird.

Hinsichtlich der Unterstützungsdauer — die in den einzelnen Verbänden zwischen 24 bis zu 280 Tagen beträgt — ist eine Angleichung als notwendig erklärt worden. Da für die Höhe der Unterstützung die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge vielfach entscheidend ist, wird eine Beschränkung auf höchstens fünf Staffeln vorgeschlagen. Für die übrigen sozialen Unterstützungen sind den Vorständen entsprechende Vereinheitlichungsvorschläge unterbreitet worden, über die eine spätere Sitzung des Bundesausschusses zu entscheiden hat. Die angestrebte Vereinheitlichung soll nicht etwa zu einer Uniformierung des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens führen, sondern nur die außerordentlichen Spannungen vermindern und ausreichende Mittel für Kampfwende für die Zukunft sicherstellen.

Der Bundesausschuß stimmte den Kommissionsvorschlägen einstimmig zu. Aufgabe der künftigen Verbandsstage der Gewerkschaften ist es nun, die vom Bundesausschuß verabschiedeten Richtlinien nach Möglichkeit in die Satzungen der Einzelverbände zu übernehmen.

Knoll gab einen Bericht über die bisherigen Vorarbeiten zur Presseausstellung. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei werden in einem gemeinsamen Gebäude „Haus der Arbeiterpresse“ untergebracht werden. Die Ausstellung der Gewerkschaften soll eine Gesamtausstellung der Verbände sein einschließlich einer historischen Ausstellung.

## Gute Geschäfte.

Die Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart verzeichnet im letzten Geschäftsjahr einen Reingewinn von 560 794 Mk. (i. V. 461 696 Mk.) und verteilt 12,5 Proz. (i. V. 10) Dividende. Dem Geschäftsbericht des Vorstandes für das Jahr 1926/27 entnehmen wir folgendes: „Die in den ersten Monaten des abgelaufenen Geschäftsjahres einsetzende Belebung des Geschäftsganges hielt in der Folgezeit an und kam allen unseren Betrieben zugute. Dabei wirkte sich die in den letzten Jahren vorgenommene Rationalisierung des technischen Betriebes unserer Papierfabriken bei voller Beschäftigung günstig aus. Der Umsatz des Verlags hielt sich auf der Höhe des Vorjahres; immer mehr beschränkt sich aber das Interesse der Bücherlesenden auf Neuerscheinungen des letzten Jahres. Dem Umstand haben wir durch vorzügliche Bewertung unserer Bücher vorläufige Rechnung getragen. Die Stuttgarter technischen Betriebe waren während des ganzen Jahres ausreichend beschäftigt. In unserer Papierfabrik Wildbad haben wir auch im abgelaufenen Geschäftsjahr weitere durchgreifende bauliche und technische Verbesserungen und Erneuerungen vorgenommen; die hierfür aufgewandten Mittel haben wir teils der Rücklage für Erneuerungen entnommen, teils den Gebäude- und Maschinenkonten zugeschrieben oder den Betriebsunkosten belastet. Die Beteiligungen erbrachten wieder befriedigende Erträge. In der Bilanz haben die laufenden Forderungen entsprechend der Steigerung des Umsatzes und der Verlängerung der Zahlungsziele eine Erhöhung erfahren. Die Bestandsziffern für Grundstücke, Gebäude und Maschinen sind mit Ausnahme der Papierfabrik Wildbad, wo größere bauliche und technische Verbesserungen vorgenommen wurden, durchweg etwas niedriger als im Vorjahr.“

Im neuen Geschäftsjahr hat der lebhafteste Geschäftsgang bisher angehalten, so daß, wenn keine unerwartete tiefergehende Störung eintritt, wieder mit einem befriedigenden Ergebnis gerechnet werden kann.

In der Gewinn- und Verlustrechnung stehen dem Gewinnvortrag vom Vorjahre mit 81 696 Mk. und dem Gesamtertrag 1926/27 mit 1 082 328 Mk., von zusammen 1 164 024 Mk. gegenüber: Generalkontosten mit 469 721 Mk. und Abschreibungen mit 133 508 Mk., so daß ein Reingewinn von 560 794 Mk. verbleibt. Es wird beantragt, daraus 1. die Rücklage für Erneuerungen und neue Unternehmungen zu erhöhen um 100 000 Mk.; 2. eine Dividende von 12½ Prozent aus 2 400 000 Mk. zu verteilen mit 300 000 Mk.; 3. der Rücklage für Altersunterstützungen und Ruhegehälter 30 000 Mk.; 4. der Hausunterstützungsstaffel 30 000 Mk. zuzuwenden und den verbleibenden Rest mit 100 794 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Generalversammlung vom 23. November hat das Aktienkapital von 2 400 000 Mk. auf 3 600 000 Mk. erhöht. Es werden zunächst 3000 neue auf den Inhaber lautende Aktien im Nennwert von je 200 Mk. ausgegeben, die für das Geschäftsjahr 1927/28 Anspruch auf vollen Gewinnanteil haben. Diese 3000 neuen Aktien werden einer Bankengruppe zum Kurs von 125 Proz. überlassen. Es werden ferner 3000 neue auf den Inhaber lautende Aktien im Nennwert von je 200 Mk. ausgegeben, welche ebenfalls für das Geschäftsjahr 1927/28 Anspruch auf vollen Gewinnanteil haben. Die Verfügung über diese Aktien wird dem Aufsichtsrat überlassen.“

Wie uns mitgeteilt wird, ist auch das Personal mit einer besonderen Gratifikation bedacht worden, und zwar haben die männlichen Beschäftigten je 100 Mk., die weiblichen je 60 Mk. erhalten.

**Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ gibt man an seine unorganisierten Mitarbeiter weiter.**

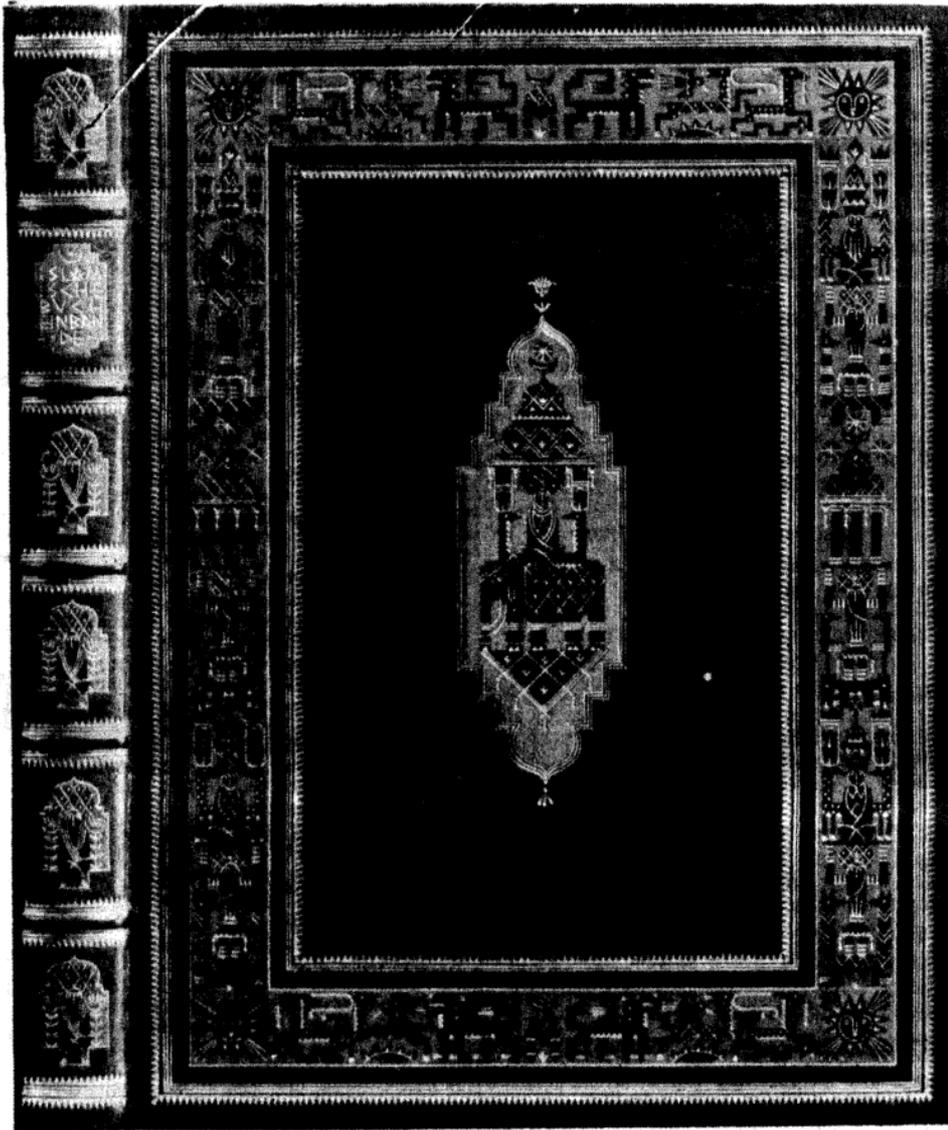


Abbildung 1: Islamischer Bucheinband. Einband schwarz, Leinwand, Intarsien in schwarz und rot mit Sandvergoldung. Die Ornamente sind dem Buchinhalt entsprechend in orientalischem Stil gehalten. Zeichnung: Wittlinger.

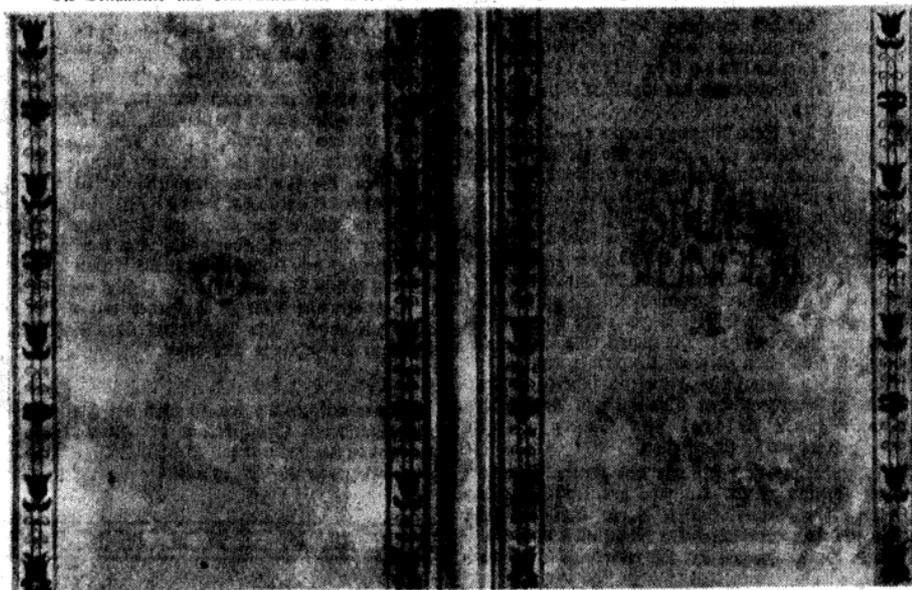


Abbildung 2: In stillen Stunden. Einband Kalbpergamament mit Sandvergoldung rot- und schwarz bemalt.



Abbildung 3: In stillen Stunden: Raffinierter Schnitt rot und schwarz bemalt. Gesamtausführung: R. Buggermann.

**Künstlerische Bucheinbände.**

(Ausgeführt von R. Franz Buggermann, München.)

Nachdem in unserer Verbandszeitung schon seit längerer Zeit Abhandlungen und Illustrationen beruflicher Art erschienen sind, die allgemein Beachtung gefunden haben, ist es wohl auch angebracht, künstlerische Bucheinbände im Bild zu zeigen. Dazu glauben wir um so mehr Veranlassung zu haben, wenn Mitglieder unseres Verbandes in der Lage sind, künstlerisch schöne Arbeiten herzustellen, die es wegen ihrer prächtigen Ausführung verdienen, der Öffentlichkeit und besonders unserer Kollegenschaft gezeigt zu werden.

Dass man durch berufliches Geschick, durch Eifer und Ausdauer in unserem Beruf künstlerisch hochwertige Arbeiten herstellen kann, das zeigen die Arbeiten des Kollegen Buggermann, der in der Handbinderabteilung der Großbuchbinderei R. Oldenbourg, München tätig ist. Von dessen neuesten Werken bringen wir zunächst\*) die nebenstehenden.

\*) Es handelt sich hierbei um einen Versuch, durch den erst festgestellt werden muß, inwieweit durch Rotationsdruck eine einwandfreie Wiedergabe der künstlerischen Feinheiten der Einbände möglich ist. P. Red.

**Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder**

und verwandten Geschäftszweige hat die ersten drei Quartale des laufenden Jahres mit folgendem Rechnungsergebnis abgeschlossen:

Beitrageeinnahme . . . . .	436 318,70 Mf.
Kapitalerträgnis . . . . .	11 785,52 Mf.
Extrasteuer . . . . .	17 979,35 Mf.
Sonstige Einnahmen . . . . .	4 184,87 Mf.
<b>Summa . . . . .</b>	<b>470 268,44 Mf.</b>
Bestand von 1926 . . . . .	231 327,31 Mf.
<b>Gesamtsumme . . . . .</b>	<b>701 595,75 Mf.</b>
Leistungsausgabe . . . . .	395 830,15 Mf.
Perf. Verwaltung . . . . .	37 594,89 Mf.
Sächl. Verwaltung . . . . .	8 756,01 Mf.
An den Fonds und Verschiedenes . . . . .	18 116,29 Mf.
<b>Summa . . . . .</b>	<b>460 297,34 Mf.</b>
Vortrag aufs 4. Quartal . . . . .	241 298,41 Mf.
<b>Gesamtsumme . . . . .</b>	<b>701 595,75 Mf.</b>

**Abteilung Sterbekasse:**

Beitrageeinnahme usw. . . . .	37 691,— Mf.
Kapitalerträgnis . . . . .	7 544,82 Mf.
<b>Summa . . . . .</b>	<b>45 235,82 Mf.</b>
Bestand von 1926 . . . . .	126 229,29 Mf.
<b>Gesamtsumme . . . . .</b>	<b>171 465,11 Mf.</b>
Leistungsausgabe . . . . .	12 265,— Mf.
Verwaltungsunkosten usw. . . . .	3 798,26 Mf.
<b>Summa . . . . .</b>	<b>16 063,26 Mf.</b>
Vortrag aufs 4. Quartal . . . . .	155 401,85 Mf.
<b>Gesamtsumme . . . . .</b>	<b>171 465,11 Mf.</b>

In der Krankenkasse verteilen sich die Einnahmen mit 92,8 Proz. auf die Beitrageeinnahme, 2,5 Proz. auf das Kapitalerträgnis und 4,7 Proz. auf die Extrasteuer und sonstige Einnahmen.

Von der Gesamteinnahme wurden verwendet für Leistungen 84,1 Proz., perf. Verwaltung 8 Proz., sachl. Verwaltung 1,9 Proz., für den Fonds und Verschiedenes 3,9 Proz. und dem Reservefonds zugeführt 2,1 Proz. Von der reinen Beitrageeinnahme entfielen auf die Leistungsausgabe rund 90 Proz.

In der Sterbekasse verteilen sich die Einnahmen mit 83,3 Proz. auf die Beitrageeinnahme und 16,7 Proz. auf das Kapitalerträgnis.

Von der Gesamteinnahme wurden verwendet für Leistungen 27,1 Proz., für Verwaltungskosten usw. 8,4 Proz. und für Rücklagen zum Reservefonds 64,5 Proz.

Die Mitgliederzahl der Krankenkasse stieg auf 12 190; davon steuerten 2142 in Abteilung A und 10 048 in Abteilung B. Die Sterbekasse zählte am Schlusse des 3. Quartals 1927 4637 Mitglieder.

**Vermögensbestände:**

Krankenkasse . . . . .	241 298,41 Mf.
Sterbekasse . . . . .	155 401,85 Mf.
G.-Fonds . . . . .	23 457,45 Mf.
<b>Gesamtsumme . . . . .</b>	<b>420 157,71 Mf.</b>



# ZUR UNTERHALTUNG



## Freiheit.

**Freiheit! Freiheit!**

**Du Wunderwort, du Wunderwort!**

**Du Inbegriff der herrlichsten der Tieder,  
wie klingst du in des Menschen Seele wider!  
Ein Wunderwort, ein Wunderwort,  
der alles Schönste in sich birgt,  
der alles Schönste aus sich wirft!**

**Freiheit! Sie wird nicht ohne Mühe dein,  
will wie ein schönes Weib errungen sein.  
Nur kämpfend dringst du vor  
zu ihrem köstlichen Genuß,  
nur wenn du sagst: Ich weiß, ich muß  
und kann nicht anders!**

**Du bist nicht frei, wenn du das Schlechte  
du bist nicht frei, wenn du erwählst, [wählst,  
was dir bequeme Freuden schafft,  
ein Sklave bist du deiner Leidenschaft.**

**Doch führt der Weg zur Schönheit auch durch Not,  
droht er im Kampfe selbst den Tod,  
daß du erkennst und weißt, du mußt,  
und vorwärts gehst du mit jauchzender Lust,  
bleibst deinem Ziel vollendet treu,  
dann bist du frei!**

**Die Schönheit ist des Werdens Ende!  
Die Schönheit ist des Werdens Ziel!  
Vollendetes Gezwungensein,  
den Weg zu wandeln vollbewußt  
nach diesem Ziel ist — Freiheit!**

Reopold Jacoba.

## Das Weihnachtsfest des Arbeitslosen.

Skizze von Alfred Huppert.

Wenige Tage vor Weihnachten war es!

Dicht stiegen die Flocken vom Himmel und Mutter Erde hatte ihr weißes Kleid angelegt und gab dadurch der Menschheit schon eine Vorbestimmung. Aus den Geschäften kamen die Leute, Päckchen und Pakete dahintragend, für manchem eine schwere, doch gern erträgliche Last.

Durch die dahinstrotzenden Menschenmassen wand sich ein Mann aus dem Arbeiterstande. Auch der schleppte sich mit einer Last herum, — einer für die Menschen unsichtbaren Last. Aber in seinem Gesicht las ein jeder Mensch, wo ihm die Last drückte. In dem Lichtmeer, das die Geschäfte ausstrahlten, sahen die Leute, wie die Augen des Arbeiters voll Wasser standen, wie er verlor seinen Weg nahm, hinein in die engen und dunklen Gassen, wohin der Lärm und das Gewoge der Menschen nicht dringt.

Als er vor seinem Hause stand, stöhnte er laut auf, glitt mit der Hand über die Augen und ging dann langsam in das Haus hinein. Droben, im vierten Stock erwarteten ihn seine Frau und noch fünf schulpflichtige Kinder, die beim Erscheinen des Vaters ihr Spiel vergaßen, ihm entgegenkamen und ihm wichtig und geheimnisvoll mitteilten, daß nun bald das Christkind kommen würde.

Fünf beschriebene Zettel wurden ihm sogleich entgegengehalten mit der Betonung, es sei überall nicht viel, was gewünscht würde und das würde der Vater wohl aufbringen können.

Der Vater zwang sich ein Lächeln ab, wurde aber bald wieder ernst und versicherte, daß es wohl diesen Weihnachten nichts geben würde.

Die Kinder sahen die Mutter an, die gleich ihnen ein ungläubiges Gesicht machte und doch diesen ihr zeitweises Betragen vorhielt und daß sie sich nicht zu

wundern brauchten, wenn eben das Christkind nicht zu ihnen käme.

Der Mann hatte sich inzwischen seiner Arbeitsachen entledigt und am Tische Platz genommen, strich seinem jüngsten, fünfjährigen Sohne durch das Haar und sagte voll Schmerz, nicht ohne Bitterkeit: „Zu euch wird das Christkind nicht kommen, wie es überhaupt zu ganz armen Arbeiterfamilien nicht mehr kommt! Das liebe Christkind ist nicht mehr daselbe von früher, es ist anders, es ist wählerisch geworden und kehrt nur noch bei reichen Leuten ein, die eine schöne Wohnung haben und wo Frau Sorge nicht Einkehr hält. Was soll es in den armen, engen und dumpfen Hütten der Proletarier. Es hat Angst, es könnte sich sein glühendes, dünnes Gewebe beschädigen oder etwas vom Arbeiter daran hängen bleiben. Nein, Kinder! Unser Christbaum ist das Gashängelicht, unsere Stolle das trockene Brot. Und die Liebe, die ein solches Fest bringen soll — sie erfriert in unserer kalten Stube!“

Der Mann ließ die Hände von dem Kopfe seines Jüngsten g'eiten, sah seine Frau an und sagte:

„Ich bin arbeitslos!“

Das eine Wort zündete wie ein Blitz.

Ein Aufschrei! — Ein Schluchzen! —

Die Frau schlägt die Hände vor das Gesicht. Die Kinder scharen sich um den Vater, teils um die Mutter, hören, wie eine Träne auf die Blandruckschürze fällt, — eine — dann noch eine! Eine unheimliche, gedrückte Stille herrscht jetzt in dieser kleinen Stube.

Vorbestimmung! Draußen fällt leise der Schnee vom Himmel, fern dringt ein Weihnachtslied ungeduldig harrender und doch glücklicher Kinder aus einer unter ihnen gelegenen Wohnung heraus. Hier aber, in diesem engen und doch traulichen Heim, wo ein treusorgender Vater ist, wo eine liebe Mutter ihr Alles gibt, ist Frau Sorge erneut eingezogen und hat wohl die Absicht, sich es hier recht bequem zu machen und lange Zeit auszuhalten.

Frau Sorge ist eine einfache Frau und erinnert sich stets ihres Standes und ihrer Herkunft. Und deshalb fühlt sie sich stets wohl bei armen Leuten, obwohl sie weiß, daß sie von diesen gehaßt und gefürchtet ist.

Frau Sorge scheut auch das Weihnachtsfest nicht. Sie bildet sich ein, daß sie ein wichtiger Bestandteil im menschlichen Leben sei, ist stark und hat die gute, aber sehr schwache Frau Lebensfreude schnell niedergelämpft.

Heute ist ihre schändliche Absicht, bei diesen armen Leuten recht lange zu verweilen. — — —

Die „schlechte Wirtschaftslage“ hatte auch den Betrieb von Edmund Gerber erfaßt, und dieser Herr sah sich gezwungen, selbst vor dem Fest noch einige Arbeiter zu entlassen. Auf der „schwarzen Liste“ standen zehn Mann, der langjährige Arbeiter Schuppan war auch dabei, der früher einmal als Betriebsratsmitglied im Interesse der Belegschaft die „große Lippe“ rikiert hatte.

Vierzehn Jahre hatte er in den Diensten der Firma gestanden und der Neunundvierzigjährige hatte seine ganze Kraft und sein Können dem Unternehmer geopfert. Als Dank dafür mußte er nun die Entlassung hinnehmen.

Schuppan dachte an seine Frau und die fünf Kinder, denen er ein Vater war, — dachte an das nahe Weihnachtsfest und ging in das Kontor, um Herrn Gerber sprechen zu können.

„Nun, was haben Sie noch auf dem Herzen? Stimmt etwas nicht in Ihren Papieren?“, fragte nicht unfreundlich Herr Gerber.

„Ich hätte eine Bitte an Sie, Herr Gerber“, stammelte Schuppan.

„Sie wollen mich doch nicht etwa anpumpen?“ klang ihm lachend als Antwort zurück.

„Nein, Herr Gerber!“ erwiderte Schuppan ernst, „ich wundere mich nur, warum ich auch bei den Entlassenen bin, ich dachte, Sie würden sich meiner langen Dienstzeit erinnern, und dann, daß ich Familienvater von fünf Kindern bin!“

„Hm! Wenn ich das alles berücksichtigen soll, wen soll und darf ich da entlassen? Ohne Zweifel muß ich jüngere und billige Kräfte behalten. Wer ist nicht verheiratet, wer nicht Familienvater? Du lieber Gott, es ist schlimm, aber es läßt sich nicht ändern!“

Traurig stand Schuppan an der Tür.

„Können Sie mich nicht bis Neujahr beschäftigen? Ich denke an Frau und Kinder, soll ihnen plötzlich das Weihnachtsfest verdorben werden? Sie wissen nicht, was es heißt, brot- und erwerbslos zu sein, Sie können sich ein solches Weihnachtsfest nicht ausdenken. Rauben Sie nicht meinen Kindern die wenige Freude, die sie erhoffen!“

Der Fabrikherr schüttelte den Kopf.

„Es geht nicht! — Es geht tatsächlich nicht! Ich muß mich jeder unnötigen Kraft entledigen, ich habe kein Geld, ob ich überhaupt die Löhne weiterzahlen kann — — — ha! — — — Nu, und da Sie nun gerade das Weihnachtsfest hervorheben: ihr Arbeiter seid doch sowieso keine gläubigen Christen, — euch kann doch das Fest ganz egal sein. Natürlich, ich bin auch nicht in der Lage, das Fest in der früheren Aufmachung zu feiern, auch ich muß mich einschränken!“

„Da muß ich mich also mit der Entlassung abfinden?“

„Natürlich! Es geht eben nicht anders!“ — — —

Da wankte Schuppan zur Tür hinaus.

Er war es, der an jenem Abend mit der schweren Bürde durch die erhellten Straßen zog, er war es, dem die Kinder die Wunschzettel entgegenreichten. —

„Stille Nacht — heilige Nacht,“ so klingt es fast überall zum Himmel hinauf. Eine Edelkame zielt den Raum des Fabrikanten Gerber und strahlt hell im Lichterglanz.

Hier ist das Christkind eingetehrt, wie es sich ziemt. Wertvolle Geschenke, Luxusgegenstände aller Art, für den Leib die erdenklichsten Delikatessen. Auch der achtjährige Sohn des Herrn Gerber hat Spielwaren von hohem Wert.

Gerber freut sich über das glückliche Gesicht seines Sohnes und er fragt: „Bist du nun zufrieden, mein Junge?“

„Ja, Vater!“ antwortete dieser, „ich kaune, wie du mir dieses alles kaufen konntest. Du — — du hast doch gar kein Geld!“ — — —

Der Fabrikant flieht verblüfft seinen Sohn, — dann seine Gattin an und lächelt verlegen.

„Wie kommt er darauf?“ fragt seine Gattin.

Der Gatte braucht nicht zu antworten, dieses besorgt der kleine Martin, indem er sagt: „Vater sagte doch dieser Tage erst, er hätte kein Geld, um die Löhne auszahlen zu können.“

„Du bist dumm, mein Junge,“ entgegnet Herr Gerber.

Das Weihnachtsfest nimmt einen schönen Fortgang.

Fünf Kinder stehen unbeweglich an einem Fenster und schauen in den Abend hinaus.

Da und dort sehen sie in den Wohnungen, wie der Christbaum brennt, wie die Menschen gespensterhaft vorüberhuschen.

Leise fällt der Schnee herab, er deckt so manche Hoffnung zu.

Rudi, Schuppan's jüngstes Kind, ist vom Fenster weggetreten und steht vor den Eltern, die vergrämt am Tisch sitzen und über die Zukunft nachdenken.

„Vater! Warum kommt das Christkind nicht auch zu uns?“

Schuppan glaubt, vor Schmerz nicht antworten zu können, dann betämpft er seine Schwäche und voll Bitterkeit sagt er:

„Weil wir Proletarier sind! Weil ich arbeitslos bin!“ — — —

Damit gibt sich das Kind zufrieden und geht wieder an das Fenster. Und die Kinder freuen sich über Dinge, die sie nicht besitzen und sind zufrieden.

Am andern Tage ist Weihnachten vorbei — da ist alles, alles vergessen!

**Berichte.**

**Berlin.** Am 17. November fand unsere ordentliche Generalversammlung statt, in der der Geschäfts- und Kassenbericht für das abgelaufene 3. Quartal erstattet wurde. Kollege Imhof konnte in seinem Geschäftsbericht mitteilen, daß sich der Geschäftsgang weiter gebessert hat. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen ist gegenüber dem Schlusse des 2. Quartals von 1907 auf 1241 gekuntet. Dieser Rückgang betrifft nur die weiblichen Berufsangehörigen, die Zahl der arbeitslosen männlichen Kollegen ist nicht zurückgegangen. Wenn nun von unseren Unternehmern sehr oft geklagt wird, daß nicht genügend arbeitslose Facharbeiter zur Verfügung stehen, dann beweisen die statistischen Zahlen unseres Arbeitsnachweises gerade das Gegenteil. In sehr scharfen Worten brandmarkte er die Verhöhnung unserer arbeitslosen Berufskollegen durch die Annoncenmeister und verwies auf einen diesbezüglichen Artikel im „Nachrichtenblatt“ Nr. 36 der Berliner Buchbinder-Zwangsunion. Der Schreiber des Artikels stellt zunächst den Stand der Arbeitslosen fest und knüpft daran folgende Bemerkung:

„An Hund dieser Zahlen ist festzustellen, daß die Zahl der arbeitslosen Gelehrten in aufsteigender, die der weiblichen Hilfskräfte dagegen in absteigender Linie sich befindet. Es mag daran liegen, daß die weiblichen Kräfte in andere Berufe übergehen. Immerhin ist die Zahl von 500 arbeitslosen Buchbindern für Groß-Berlin im Verhältnis zu früheren Jahren, wo die Zahl 2000—3000 erreichte, sehr niedrig bemessen. Unter diesen 500 Arbeitslosen befinden sich aber recht viele, welche zufrieden sind, keine Arbeit zu finden, denn es lebt sich auch ganz gut bei Einziehung der Arbeitslosenunterstützung und ein wenig Schwarzarbeit.“

Wu Recht betonte Imhof, daß der Schreiber dieser Zeilen seine Auffassung sehr schnell ändern würde, wenn er einmal nur von der Erwerbslosenunterstützung leben müßte.

Auf die Lohnbewegungen in den einzelnen Branchen ging Imhof in ausführlicher Weise ein. Er teilte mit, daß die Verdübe, infolge der unvorhergesehen eingetretenen Teuerung eine zwischenzeitliche Zulage zu erreichen, am Widerstand der Unternehmer gescheitert seien. Den Anträgen der einzelnen Werkstätten entsprechend hat sich die Ortsverwaltung, soweit Reichstafel in Frage kamen, an den VW, und soweit örtliche Tarife in Frage kamen, an die örtlichen Unternehmerverbände gewandt. Wenn auch die Unternehmer antworteten, daß die Tarife zurzeit noch laufen und sie unbedingte Tariftreue verlangen, dann ist es doch betriebsweise gelungen, einige Erfolge zu erzielen.

Zur Jugendbewegung übergehend, wurde besonders hervorgehoben, daß hierzu die Mitarbeit der Erwachsenen dringend gebraucht wird. Zur Werbung unter den Jugendlichen wurde auf den Werbeabend am 23. November hingewiesen, der von der Jugendkommission veranstaltet wird. Für die jugendlichen weiblichen Arbeitskräfte besteht die Gefahr, daß einzelne Firmen unter Außerachtlassung der bestehenden Tarifverträge mit den Eltern Lehrverträge für Mädchen abschließen, die eine Entschädigung vorsehen, die oft noch nicht einmal den dritten Teil des Tariflohns für Ungeübte beträgt. In wiederholten Fällen mußte eingeschritten und die betreffenden Firmen auf das Unzulässige dieser Verträge hingewiesen werden. Unseren Vertrauensleuten wurde zur Pflicht gemacht, auf diese Mißstände in den Betrieben zu achten und dem Bureau sofort Meldung zu machen.

Von der Frauenagitationskommission konnte Gutes berichtet werden. Die von ihr veranstalteten Abende gewinnen mehr und mehr an Zulauf durch unsere Kolleginnen.

Der Kampffonds hat in der kurzen Zeit seit seiner Einführung gute Erfolge gebracht. Eine Kontrolle der Einzelbetriebe hat ergeben, daß mehrere derselben in sehr vorbildlicher Weise die Notwendigkeit der Schaffung des Kampffonds anerkennen und regelmäßig wöchentlich ihre Beiträge entrichten. Kollege Imhof spricht die Erwartung aus, daß die Delegierten ihren Pflichten nachkommen und weiter für den Kampffonds in den Betrieben werben.

Mit dem Arbeitsgerichtsgesetz, das am 1. Juli in Kraft getreten ist, haben wir bis jetzt gute Erfolge zu verzeichnen. Es ist uns in den weitaus meisten Fällen gelungen, günstige Entscheidungen für die Kollegenschaft herbeizuführen. Die Tarifsonntags-Abende wurden ebenfalls sehr stark in Anspruch genommen.

Der Mitgliederbestand ist im Laufe des 3. Quartals im allgemeinen stabil geblieben. Um der Fluktuation, besonders unter den Kolleginnen, entgegenzutreten, richtete Imhof an die Funktionäre die bringende Mahnung, die neu gewonnenen Mitglieder durch intensive Aufklärungsarbeit an die Organisation zu fesseln. Imhof schloß seinen Bericht mit dem Wunsche, daß es der Werbearbeit der Funktionäre und Mitglieder gelingen möge, den Mitgliederbestand bis zum Schlusse des Jahres auf 10 000 zu bringen.

Bytomski machte einige Ausführungen zum Kassenbericht. Die Lokalkasse hat sich trotz größerer Ausgaben gut entwickelt. Der Bestand der Lokalkasse ist von 41 430,49 M. am Schlusse des 2. Quartals auf 49 278,54 M. gestiegen. Er ging auf den vorliegenden Antrag der Ortsverwaltung ein, der da verlangt, ohne Erhebung eines Extrabeitrages den Arbeitslosen eine Weihnachtunterstützung aus lokalen Mitteln zu gewähren, deren Höhe die Ortsverwaltung entsprechend der vorhandenen Arbeitslosenzahl und den vorhandenen Mitteln festsetzen wird. Dieser Antrag wurde nachdem einstimmig von der Generalversammlung angenommen.

In der kurzen Diskussion wurde am Geschäfts- und Kassenbericht keine Kritik geübt, und Kollege Imhof konnte auf das Schlusswort verzichten.

Ein weiterer Antrag, der die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Mitglieder Hafe und Widde forderte, entfiel auf eine längere Diskussion. Die engere und die erweiterte Ortsverwaltung schlug vor, bei der Revision der Liste der Ausschlossenen durch den VW, den Kollegen Hafe zur Wiederaufnahme zu empfehlen, jedoch den Kollegen Widde, der erst noch bis vor kurzem wieder versucht hat eine „oppositionelle“ Fraktion zu bilden, zur Wiederaufnahme nicht vorzuschlagen. Die Generalversammlung trat jedoch der Auffassung der Ortsverwaltung nicht bei und beschloß mit geringer Mehrheit, beide dem VW zur Aufnahme zu empfehlen.

**Hannover.** Zu Ehren unserer diesjährigen Jubilare fand am 12. November eine Feier statt. Der Lihmann-Chor eröffnete diese mit einigen sehr gut vorgetragenen Liedern. Dann begrüßte Kollege Kornacker die Jubilare und die erschienenen Gäste und brachte den Jubilaren Heinrich Heinemann, Paul Hamberger, Bruno Lehmann, Max Musert, Hans Riefenberg, Franz Schulze, Julius Scharf, Hermann Vogt, Albert Wulff, August Windhävel, Robert Wenkel und Richard Zesch und dem auf eine 40jährige Mitgliedschaft zurückblickenden Edmund Kempe die herzlichsten Glückwünsche des Verbandsvorstandes, des Gauvorstandes und der Zahlstellenverwaltung dar. In erhabenden Worten dankte der Redner den Jubilaren für ihre Treue zur Organisation und für ihre Mitarbeit am Aufbau des Verbandes und stellte sie der jungen Generation als nachahmenswerte Vorbilder hin. Nach Ueberreichung der Ehrenurkunden des Verbandes sprach er den Jubilaren seinen persönlichen Dank für die treue Mitarbeit und Kollegialität aus, die er stets bei ihnen gefunden und brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß sie noch lange Jahre im Verbands zum Nutzen der gesamten Kollegenschaft mitarbeiten möchten. Ein musikalisches Hoch des Lihmann-Chors auf die Jubilare schloß die Rede. Heitere Unterhaltung, Gesang und Tanz hielt die Kollegenschaft bis zum frühen Morgen zusammen und übereinstimmend war die Meinung, daß die diesjährige Jubilarsfeier sich würdig ihren Vorgängern anreihet.

**Hannover.** Am 21. November fand unsere vierjährige Generalversammlung statt. Der Geschäftsbericht gab Kornacker. Im 3. Quartal fanden sechs ordentliche und drei außerordentliche Sitzungen der Ortsverwaltung statt. Ferner wurden eine Generalversammlung, eine Mitgliederversammlung und eine außerordentliche Mitgliederversammlung abgehalten. In der Mitgliederversammlung wurde ein Lichtbildvortrag über: „Die Grundbegriffe der Wirtschaft“ gehalten. Vom graphischen Kartell wurde eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung aller vier graphischen Verbände einberufen. Von den etwa 3500 Angehörigen der graphischen Berufe am Ort nahmen daran leider nur etwa 350 bis 400 teil. Besonders fehlten die weiblichen Mitglieder. Die Betriebsräte kamen einmal in einer vom graphischen Kartell einberufenen Gruppenversammlung zusammen. Am 1. Juli begann das neugebildete Bezirkssekretariat des ADGB für den Bezirk Niedersachsen seine Tätigkeit. In der Tüten- und Beutelindustrie fanden sehr langwierige Verhandlungen statt, die zum Abschluß eines Tarifes für die drei am Ort befindlichen Betriebe führten. Kornacker berichtete ferner über zwei vor dem Arbeitsgericht durchgeführte Klagen. Die Mitgliederbewegung ergab einen Zugang von 14 männlichen und 107 weiblichen und einen Abgang von 9 männlichen und 92 weiblichen Mitgliedern. Am Schlusse des Quartals waren 625 männliche und 1057 weibliche, insgesamt 1682 Mitglieder in der Zahlstelle vorhanden.

Den Kassenbericht gab Kempe. Die Verbandskasse bilanzierte mit 20 205,07 M. 11 800 M. wurden an die Verbandskasse abgeführt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 3900,52 M. und eine Ausgabe von 2601,94 M. Es verblieb ein Kassenbestand von 17 374,80 M.

Unter „Gewerkschaftliches“ berichtete Kornacker über verschiedene in Hannover notwendig gewordene Verhandlungen mit Unternehmern über Lohn- und Abforderdifferenzen. Er wies nach, daß die Haltung der Unternehmer immer scharfer und zugespitzter

würde und daß es deshalb unbedingt notwendig ist, den Kampffonds zu stärken, um für die unausbeizlichen Kämpfe mit den Unternehmern gerüstet zu sein. Die Versammlung beauftragte die Ortsverwaltung, den Invaliden des Verbandes auch in diesem Jahre zum Weihnachtsfeste eine besondere Unterstützung aus lokalen Mitteln zu zahlen, um ihnen eine besondere Weihnachtsfreude zu machen.

**Leipzig.** Am 24. November fand hier eine Riesenversammlung der Buchbinderarbeiterschaft der Betriebe des Verbandes Deutscher Buchbindermeister statt. Hunderte unserer Kollegen und Kolleginnen mußten wieder umkehren, da der Saal überfüllt war. Diese Versammlung nahm Stellung zu dem ablehnenden Antwortschreiben des VWB vom 10. November 1927. Die Sachlage ist folgende. In Leipzig ist eine neue Vorrichte- und Fäzelmachine eingeführt worden. An dieser Maschine werden auch die Heberzüge zu Halbleinendeken gemacht, die dann wie Ganzleinennetze auf der Deckenmaschine weiterverarbeitet werden. Ebenso können noch andere Arbeiten an dieser Maschine hergestellt werden, z. B. Patentfäze u. a. m., also alles Arbeiten, die laut Tarif den Gehilfen zuteilen. Die Unternehmer stellen an diese Maschine zwei Arbeiterinnen, wir verlangen, daß ein Gehilfe und eine Arbeiterin daran beschäftigt werden. Unter Beachtung aller tariflichen Befristungen war diese Angelegenheit soweit geblieben, daß der VWB beim VWB eine gemeinsame Sitzung beantragte. Der VWB hat abschlägig geantwortet und den VW auf die nächsten Tarifverhandlungen verwiesen. Die Leipziger Kollegenschaft beruhigte sich mit dieser Abweisung nicht, sie nahm folgende Entschliessung an:

„Die am 24. November stattgefunden, sehr gut besuchte Versammlung der in den Betrieben des Verbandes Deutscher Buchbindermeister beschäftigten Buchbinderarbeiterschaft nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem ablehnenden Bescheid des VWB, Verhandlungen mit Vertretern unserer Organisation zu führen, um eine Regelung in der Besetzung der neuen Vorrichte-, bzw. Fäzelmaschine herbeizuführen.“

Die Einführung dieser Maschine, auf der Gehilfenarbeiten verschiedener Art hergestellt werden, hat zur Folge gehabt, daß ein Teil unserer Kollegen entlassen worden ist.

Die Versammlung kann nicht anerkennen, daß der bestehende Vertrag ein Hemmnis ist, um eine Zwischenlösung herbeizuführen. Die Erziehung der Kollegenschaft ist dadurch bedroht, sie fordert deshalb die Besetzung der Maschine mit einem gelernten Buchbinder und einer Arbeiterin als Ansegerin.

Die Versammlung protestiert dagegen, daß der VWB einseitig die Besetzung dieser Maschine vornimmt und verlangt, daß sofort durch die Tarifkommissionen der beiderseitigen Kontrahenten diese Frage ihre Erledigung findet.

Die Versammelten erklären einmütig, Ueberstunden und Sonntagsarbeit in allen VWB-Betrieben solange einzustellen bis eine gemeinsame Verhandlung bzw. Abänderung der bisher von zwei Arbeiterinnen bedienten Maschine erfolgt ist. Die Versammelten verpflichten die Funktionäre derjenigen Betriebe, in denen diese Maschine Einführung gefunden hat, mit den Geschäftsleitungen am Freitag in Verbindung zu treten und die Besetzung im vorstehenden Sinne zu erreichen. Erfolgt eine Erklärung nicht, dann ist in diesen Betrieben am Sonnabend, dem 26. November, die Arbeit einzustellen.

Es ging bei diesem Streit nicht um höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit, sondern es handelte sich um die Erhaltung der Existenz unserer Vorrichter. Die Arbeiterschaft hat aus volkswirtschaftlichen Gründen ein Interesse an betriebsorganisatorisch und technisch gut ausgebauten Betrieben. Wenn jedoch durch weitere Technisierung der Betriebe und Anschaffung besserer Produktionsmittel die Rationalisierung und der dadurch entstehende Proffit auf Kosten der Arbeiterschaft erzielt werden soll, dann lehnt die Leipziger Buchbinderarbeiterschaft ab. Der Unternehmer besetzt diese Maschine, wie ihm beliebt, er fragt nicht danach, was nun aus den Kollegen wird, die durch diese Maschine brotlos werden. Die Diskussionsredner brachten mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß dem diktatorischen Verhalten der Unternehmer ein Damm entgegengelegt werden müsse.

Die Entschliessung wurde einstimmig angenommen. Wir verlangen auch für die Folge, daß bei Einführung neuer Maschinen die beiden Kontrahenten sich zusammenhelfen müssen, um über die Besetzung derartiger Maschinen die notwendigen Bestimmungen zu treffen. Es ist in Leipzig nicht zum offenen Kampf gekommen. Die Unternehmer der betroffenen Betriebe haben zunächst mit den Betriebsräten ein Uebereinkommen getroffen, nach dem die in Frage kommende Maschine mit einem Gehilfen und einer Arbeiterin besetzt wird. Die Leipziger Arbeiterschaft fordert, daß die mit den Betriebsräten getroffenen Abmachungen tariflich verankert werden.

**Magdeburg.** Unsere Generalversammlung vom 3. Quartal fand am 18. November statt. In seinem Geschäftsbericht mußte der Vorsitzende, Kollege Bönisch feststellen, daß auch hier am Ort ein besserer Geschäftsgang eingetreten ist. Beachtenswert ist, daß bei geübten Buchbinderarbeiterinnen die Nachfrage größer ist als das Angebot. Mehrere Vorkommnisse in den Betrieben gaben dem Redner Veranlassung, darüber eingehend zu berichten. Aus dem Kassenbericht, der gedruckt vorlag und der vom Kollegen von der Reith eingehend erläutert wurde, geht hervor, daß die Verbandskasse mit 5961,76 Mk. und die Lokalkasse mit 4850,31 Mk. und einem Bestand von 3505,71 Mk. abschließt. Die Versammlung gab ihr Einverständnis mit den gegebenen Berichten zu erheben.

Dann hielt der 2. Vorsitzende des Arbeitsamtes, Genosse Steine, einen Vortrag über „Das neue Gesetz der Arbeitslosenversicherung“. In leichtverständlicher Weise schilderte Redner die hauptsächlichsten Bestimmungen des Gesetzes. Die bisher in Kraft gewesene Fürsorge für die Erwerbslosen zeigte große Mängel, doch auch dem neuen Arbeitslosenversicherungsgesetz haften noch viele Mängel an. Trotzdem stellt es in vieler Hinsicht einen Fortschritt dar. Reicher Beifall zeigte dem Redner das Einverständnis mit seinen Ausführungen.

In der Diskussion wurde von mehreren Rednern auf Einzelheiten des Gesetzes hingewiesen, auf die der Referent in seinem Schlusswort einging, indem er betonte, daß es unser aller Pflicht sein muß, bei den Wahlen im kommenden Jahr mitzuarbeiten, damit ein Reichstag aus den Wahlen hervorgeht, der die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft beachten wird.

Dann beschloß die Versammlung, auch in diesem Jahre an unsere Invaliden und Arbeitslosen zum Weihnachtsfest aus der Lokalkasse eine Unterstützung zu zahlen, die sich nach der Dauer der Mitgliedschaft richtet. Ferner wurde auf mehrere Veranstaltungen hingewiesen und zu deren Besuch aufgefordert. Besonders die Veranstaltung der Graphischen Arbeitsgemeinschaft, in der der Dichter Bruno Schön'ant aus eigenen Werken liest, wurde zu regem Besuch empfohlen, zumal unsere Jugend an dem Abend durch Aufführung eines Sprechchors mitwirkt.

**Magdeburg.** Unsere Kollegenchaft besichtigte am 29. Oktober die neuerbaute Mühle der Groß-Einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Weit vor der

Hartweizen zur Hartweizenfabrikation, 12 Tonnen Hafer zur Haferlockenfabrikation, 9 Tonnen Gerste zur Herstellung von Trauener.

Zur Sicherung bei Feuersgefahr ist im ganzen Mühlenbau und im Mehlspeicher eine Sprinkler-Anlage eingebaut, die selbsttätig in Funktion tritt, wenn die Hitze in irgendeinem Raum etwa 70 Grad überschreitet. Neben Laboratorium und Versuchsbäder sind Sanitätsraum, Badeeinrichtung und gute Aufenthaltsräume für das Personal zu erwähnen. In einem massiven Fahrradshuppen können 90 Räder untergestellt werden.

Auffällig ist in dem großen Werk das fast vollständige Fehlen der menschlichen Arbeitskraft. Rationalisierung bis in den äußersten Winkel des Betriebes kennzeichnet diesen Betrieb.

Die gute Teilnehmerzahl der Kollegenchaft an der Besichtigung erbrachte den Beweis, daß das Interesse für die Erzeugung in Eigenproduktionsbetrieben weite Kreise erfaßt hat. Mit Befriedigung schied man von der Mühle, im Innersten dem Wunsch folgend, daß es uns möglich sein wird, durch Zusammenschluß aller Konsumenten noch recht viel solcher Werke zu schaffen.

**Nürnberg-Fürth.** Unsere Hauptversammlung vom 22. November war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die verstorbenen Kollegen Detlef, Kurz und Kollegin Hirschbacher, sowie Kollege Pfüge unter besonderem Gebeten seiner Arbeit für unseren Verband, geehrt. Genosin Erberhard hielt einen Vortrag über „Die wirtschaftliche Lage“. Rednerin verstand es, an der Hand von Beispielen aus dem Leben, hauptsächlich den Kolleginnen zu Herzen gehend vor Augen zu führen, wie notwendig die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft ist. Dabei führte sie aber auch allen die Notwendigkeit der politischen Betätigung vor Augen. Vor allen Dingen sei es Pflicht, gegnerische Zeitungen aus dem Arbeiterhaushalt zu entfernen und an deren Stelle die Arbeiterpresse zu setzen. Mit einem Appell zur tatkräftigen Mitarbeit in Gewerkschaft und Partei schloß Rednerin ihre interessanten Ausführungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden.

Dem vom Kollegen Weinländer erstatteten Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Die bereits im März sich bemerkbar machende Belebung des Geschäftsganges hat weiter angehalten, so daß zurzeit von einem guten Geschäftsgang gesprochen werden

keine Verbesserung erfahren, so daß dieses Manko im kommenden Jahre mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gedeckt werden muß. Es heißt rüsten und nochmals rüsten für das kommende Jahr!

Ganz besonders hartnäckig gestellten sich die Tarifforderungen in der Kartonnagenindustrie. Die Kartonnagenfabrikanten von Fürth erklärten schon im April, die tariflichen Löhne nicht mehr zahlen zu können und aus dem Arbeitgeberverband auszutreten. Diese Herren stellten an uns das Ansuchen, mit ihnen ein Sonderabkommen zu treffen mit der Klausel, sobald der Geschäftsgang besser würde, die Tariflöhne wieder zu zahlen. Dieses Verlangen mußte abgewiesen werden. Es blieb uns nun die Aufgabe, untertarifliche Zahlungen durch Klagen zu bewerkstelligen. Es ist auch gelungen, durch Urteile des Arbeitsgerichts die restlose Auszahlung der Rückstände zu erlangen. In einem Falle hatte der Unternehmer sogar jeden Freitag die Arbeiterinnen unterschreiben lassen: „Ich habe meinen Lohn richtig erhalten“. Dieses Gebaren wurde vom Arbeitsgericht als gegen Treu und Glauben und die guten Sitten verstößend zurückgewiesen und durch Urteil die restlose Auszahlung der Rückstände ausgesprochen. Unsere Kolleginnen in der Kartonnagenindustrie tragen selbst an diesen widrigen Umständen ein gerüttelt Maß Schuld. So manche Fälle können von uns nicht durchgefochten werden, da die beteiligten Kolleginnen uns daran hindern, aus der ganz unbegründeten Anfechtlichkeit heraus, es könnte ihnen Schaden erwachsen. — Weinländer gab dann ein genaues Bild der tariflichen Löhne aller Gruppen vom April bis jetzt, dabei betonend, daß es gelungen ist, das Lohnniveau gegenüber anderen Berufen auf der vorherigen Höhe zu halten, wenn auch die Lohntaxe nicht außer acht gelassen werden darf, daß eine Lohn-erhöhung durch ein Zwischenabkommen dringend notwendig ist. Er wies dann an der Hand statistischer Aufzeichnungen nach, daß die Tarifverhandlungen einschließlich Wahrnehmung der Termine bei den Arbeitsgerichten usw. einen großen Zeitaufwand erforderten. Auch das verlassene Halbjahr hat einen ständigen Kampf zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage unserer Mitglieder mit sich gebracht. Gewante Verschärfungen mußten abgewehrt werden. Allen Kollegen und Kolleginnen, die uns in diesem ständigen Ringen unterstützt haben, sei Dank gesagt.

Die Mitgliederzahl weist eine Zunahme auf, die sich sehen lassen kann. Am 1. April hatten wir 200 männliche und 1200 weibliche Mitglieder, am 1. Oktober 208 männliche und 1380 weibliche. Wenn die Entwicklung auch zeigt, daß es vorwärts gegangen ist, dann bleibt auf diesem Gebiet trotzdem noch sehr viel zu tun übrig. Noch haben wir Hunderte von Fernstehenden zu gewinnen, damit wir uns im kommenden Jahre auf eine stützende organisierte Kollegenchaft stützen können. Außer dieser Geschlossenheit unserer Kollegenchaft muß jedoch auch die finanzielle Stärke vorhanden sein. Deshalb leiste jeder Kollege und jede Kollegin, was in ihren Kräften steht, an Extrabeiträgen zum Kampffonds!

Der Beifall, der den Darlegungen des Kollegen Weinländer folgte, legte Zeugnis davon ab, daß unsere Kollegenchaft sich ihrer Aufgabe bewußt ist.

Der Kassenbericht vom 2. und 3. Quartal lag vervielfältigt vor, zu dem Kollege Herber einige Erläuterungen gab und das Revisionsprotokoll zur Kenntnis brachte. Eine Diskussion zum Geschäfts- und Kassenbericht wurde nicht beliebt, so daß der Vorsitzende nach Erledigung einiger dringlicher Angelegenheiten die sehr anregend verkaufene Versammlung schließen konnte.

Nach Beendigung der Versammlung wurde zum gemütlichen Teil übergegangen. Die Kollegen und Kolleginnen übten bei Musik und Vorträgen noch einige Stunden recht vergnügt und in bester Harmonie beieinander.

**Plauen:** Einen Vortragsabend, ähnlich wie im vergangenen Jahr, veranstaltete die hiesige Zahlstelle am 15. November. Herr Dr. Simon, ein von der hiesigen Arbeiterschaft viel in Anspruch genommener Arzt, hielt einen Vortrag über das am 1. Oktober dieses Jahres neu in Kraft getretene Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Seine überaus lehrreichen und interessanten Ausführungen fanden eine sehr aufmerksame Zuhörerchaft. Bringt doch das Gebiet, mit dem der Referent die Anwesenden vertraut machte, Erscheinungen mit sich, durch deren Kenntnis sich nicht nur die erwachsenen Personen selbst, sondern auch ihre Familien und sonstigen Angehörigen vor wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden bewahren können. Die verschiedenen Anfragen am Schluß des Vortrages, die von Herrn Dr. Simon in lebenswürdiger Weise beantwortet wurden, zeigten, daß es auch für unsere Mitglieder sehr nützlich ist, wenn sie sich von dem neuen Gesetz, das gegenüber den bisherigen Bestimmungen auf diesem Gebiete einen großen Fortschritt bedeutet, einige Kenntnisse aneignen.



Die Mühle der GGG.

Stadt, im neuererschlossenen Industriegelände, ist ein Bau entstanden, der an Größe und Wichtigkeit einzig dastehet und der sich würdig in die Reihe der vielen anderen GGG-Betriebe einreicht: Das neueste Werk der großen Konsumantenorganisation. Hafens- und Bahnanlagen umschließen das Werk, damit in zweckdienlicher Weise die Zu- und Abfuhr des Getreides regeln. 4 1/2 Millionen Mark waren nötig, um den noch erweiterungsfähigen Betrieb zu errichten. Es ist ein weiter Weg, den das Getreide zurücklegen muß, ehe es als feinstes Mehl zum Versand in die Säcke gefüllt werden kann. Mit der Bahn oder im Schiff wird es angefahren, um im Silo zunächst gelagert zu werden und nötigenfalls die erste Trocknung zu erfahren. Das Silo hat ein Fassungsvermögen von 5700 Tonnen. Eine pneumatische Sauganlage nimmt stündlich 50 Tonnen Getreide auf. In zwei Stunden ist der größte Elbfahrer geladert.

Die Arbeitsgänge der Mühle sind auf fünf Geschosse eingeteilt. Im Erdgeschoss befinden sich die Antriebsmaschinen (große Elektromotoren) und die Transmissionsen. Sämtliche Betriebsräume sind von überraschender Sauberkeit. Staub, den man in einer Mühle überall vermutet, findet man nirgends. Der Parkettfußboden ist so sauber wie im Salon. Der Schmutzfall jeder Mühle, der Empfangssaal für Ehrengäste, ist der Walzenboden.

Die Leistung der Mühle beträgt in 24 Stunden 75 Tonnen Roggen, 100 Tonnen Weizen, 25 Tonnen

kann. Die Zahl der Arbeitslosen ist erheblich zurückgegangen, augenblicklich sind 70 Arbeitslose vorhanden gegenüber 400 im Februar. Ursprünglich wurden jugendliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren eingestellt, erst ab Juli waren dann auch Einstellungen von geübten Arbeiterinnen in größerer Anzahl zu beobachten. Das Unternehmertum glaubt aber, mit billigen jugendlichen Arbeitskräften an Stelle von Gehältern erheblich an Löhnen einsparen zu können. — Die Agitation war von gutem Erfolg. Im verflorenen Halbjahr wurden 284 Aufnahmen erzielt, dazu kamen 10 Uebertritte aus anderen Berufen, zusammen 294 Zugänge. Hierfür sei den Vertrauensleuten, die tüchtig mitgewirkt haben, herzlicher Dank ausgesprochen. Mögen die einzelnen, deren Arbeit zu wünschen übrig läßt, sich an den anderen ein Beispiel nehmen. — Das Versammlungsleben spielte sich in Betriebs-, Vertrauensleuterversammlungen usw. ab. Die Verwaltungstätigkeit einschließlich des schriftlichen Verkehrs war sehr umfangreich.

Die Tarifforderungen der Gruppe Bilderbücher-, Spielzeugfabriken und Kunsthandlungen gestellten sich außerordentlich schwierig und langwierig. Nach langem, zähem Ringen gelang es schließlich, einen Schiedsspruch des Landeschlichters zu erreichen, der eine Verbesserung der Lohnstaffeln für Gehilfen, Zuschlag für 5 Mehrstunden 20 Proz., eine kleine Verbesserung des Urlaubs und der Ueberstundenzuschläge brachte. Die Lohnstaffeln der Arbeiterinnen konnten

Vor jeder Arbeitsannahme

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht verläumt, läßt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen.

Der zweite Teil des Abends diente der Geselligkeit. Während drei Mitglieder der freien Gewerkschaftsjugend am Klavier mit Violinbegleitung stimmungsvolle Weisen ertönen ließen, verstand Kollege Heib es sehr gut, mit seiner humorvollen Unterhaltung die Nachmusikeln in Bewegung zu bringen. Mag der Tag selbst vielleicht nicht ganz günstig gewesen sein, doch allem mähe der Abend eines noch besseren Besuchs wert gewesen.

Sonneberg. Am 21. November sprach in unserer Versammlung nach längerer Zeit wieder einmal Kollege Wachner. Die Ortsverwaltung hatte gut gearbeitet. Zunächst wurde Hausagitation betrieben, und da zeigte sich, daß diese immer noch das beste Mittel ist, Säumige, Gedankenlose, Egoisten, Eigenbrötter oder aus anderen Gründen sich von der Organisation fernhaltende Kollegen wieder für die Organisation zu gewinnen. Außerdem waren Flugblätter an Organisierte und Nichtorganisierte verbreitet worden. Keiner wurde dabei übergangen, alle wußten, um was es sich handelt und dennoch ließ der Besuch recht zu wünschen übrig. Selbst die Verbandsmitglieder finden Ausreden genug, um die Versammlung nicht zu besuchen. Kollege Wachner hielt einen sehr instruktiven Vortrag über „Die wirtschaftliche Lage und die Lohnverhältnisse in der Kartonnagenindustrie“.

In der sich anschließenden Diskussion, die von fünf Kollegen bestritten wurde, kam zum Ausdruck, daß man sich der Meinung des Kollegen Wachner anschloß. Ferner war man der Auffassung, daß man in den nächsten Wochen weiter Hausagitation betreiben möchte, um die Zahlstelle Sonneberg dorrerst zahlenmäßig wieder auf die Höhe zu bringen.

Würzburg. Am 19. November fanden sich die Kollegen und zahlreiche Gäste zu einer schönen Feier zusammen. Galt es doch, das 30jährige Bestehen unserer Zahlstelle würdig zu begehen. Ein reichhaltiges Programm bürgte für den guten Verlauf des Festabends. Musikstücke eröffneten die Feier, worauf der 1. Vorsitzende, Kollege Kleinberg, alle herzlich willkommen hieß. Es folgten dann in bunter Reihenfolge das Doppelquartett der Zahlstelle, das Vorzügliche bot, sowie Duette, gelungen von Fräulein Kleinberg und Fräulein Endres, die stürmischen Beifall fanden. Daß auch der Humor zur Geltung kam, dafür sorgte Kollege Großsinger, der mit seinen Freunden von der Humoristenzentrale mit modernsten Schlagern aufwartete und immer wieder auf die Bühne gezogen wurden.

Auch ernste Arbeit wurde mit der Feier verbunden. Gauleiter Kollege Weinländer übermittelte die Glückwünsche des Hauptvorstandes, desgleichen des Gauers. Er schilderte in sachlicher Weise, was speziell unsere Zahlstelle in der früheren tariflosen Zeit und später durch die Tarifgemeinschaft in bezug auf Lohn, Arbeitszeitregelung und Urlaub erreicht hat. Er erläuterte, wie dies nur möglich war durch die gute Organisation. Er forderte alle auf, treu zur Sache zu halten und fernstehende zu gewinnen, da uns schwere Aufgaben noch bevorstehen werden. Außerdem galt es noch, einer angenehmen Pflicht zu genügen: Unser Kollege Fritz Hainisch gehört jetzt fast 30 Jahre der Zahlstelle Würzburg an. Kollege Weinländer entbot ihm die besten Glückwünsche und überreichte als äußeres Zeichen der Anerkennung die von der Zahlstelle gestiftete Ehrennadel. Kollege Hainisch dankte dem Gauleiter und der Zahlstelle, sein hoch galt dem Buchbinderverband.

Dann wickelte sich das weitere Programm ab, das sich in allen Teilen vortrefflich gestaltete, wofür der reiche Beifall bestes Zeugnis gab.

Weiter gibt es auch hier einzelne Kollegen, die da meinen, daß mit der Beitragsleistung alles abgetan sei. Sie fanden es darum auch nicht der Mühe wert, zum 30. Stiftungsfestabend zu erscheinen.

Zwickau. In unserer Mitgliederversammlung vom 22. November referierte Gewerkschaftssekretär Steininger über „Das Arbeitslosenversicherungsgesetz“. Er erläuterte das Gesetz in vortrefflicher Weise, und viel Wissenswertes kam den Anwesenden zu Gehör, wofür diese mit reichem Beifall dankten.

Im Anschluß an seinen Vortrag gab Genosse Steininger noch einen kurzen Bericht über den Volkshausbau. Nach schwierigen Verhandlungen beim Ankauf gehört nunmehr das an der Crimmitschauer Straße

äußerst günstig gelegene Grundstück den freien Gewerkschaften. Es beginnt nun die Zeit zur Schaffung der Voraussetzungen für den möglichst baldigen Beginn des Baus. Die Gegner versuchen jetzt schon in der Öffentlichkeit unter Arbeiterheim in Mißkredit zu bringen. Aber es gibt auch unter der Arbeiterschaft einzelne Leute, die unter allen möglichen Vorwänden sich von dem Pflichtbeitrag drücken wollen. In der Aussprache führte Kollege Behold aus, daß sich jedes Mitglied bemühen soll, daß es gilt, einen Bau zu schaffen, der für den Wirtschaftsbezirk Zwickau schon längst eine dringende Notwendigkeit war. Er forderte auf, den Pflichtbeitrag gern zu zahlen, überall Propaganda zu machen und bei Befolgung der Beschlüsse die alte Opferwilligkeit zu beweisen.

Dann wurde vom Vorsitzenden das sogenannte „Umschauen“ in den Betrieben scharf verurteilt. Es ist in letzter Zeit hier vorgekommen, daß Kollegen und Kolleginnen dem Umschauverbot keine Beachtung schenken. Der Bevollmächtigte der Zahlstelle gibt über die Arbeitsverhältnisse gern die gewünschte Auskunft. Kollege Scheller forderte die Jugendlichen auf, sich vollzählig an den Veranstaltungen der Jugendgruppe zu beteiligen. Auch die Alten müssen Mitarbeit für die Jugendgruppe leisten. Jeder Jugendliche gehört in seine Jugendgruppe. Danach schloß Kollege Behold die sehr anregend verlaufene Versammlung.

Das Buchgewerbe im Film.

Unsere Zeit steht im Zeichen des Buches. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Bild- und Kartendrucke gehören zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs. Einen genaueren und interessanteren — auch für den im Buchgewerbe unmittelbar Beschäftigten — Überblick über alle Teile des Buchgewerbes vermittelt in hochinteressanten Bildern der Großfilm „Geist und Maschine“ (Bom Manuscript zum fertigen Buch). Er zeigt die Anlage eines Manuskriptes, die Arbeiten eines großen Verlagshauses, den Betrieb einer Handschere, Maschinenschere, Galvanoplastik, Buch- und Abbildungsdruckerei und Buchbinderei. Überall werden die einzelnen Arbeitsgänge und die dazu nötigen Maschinen eingehend geschildert und meisterhafte Trickdarstellungen greifen da ein, wo ein Herstellungsverfahren — z. B. das des Hochdrucks, Tiefdrucks und Flachdrucks — nicht ohne weiteres verständlich ist. Auf 1600 Meter langem Filmstreifen wird hier ein umfassendes Bild des Buchgewerbes und seiner technischen Herstellungsverfahren vermittelt und so Liebe und Verständnis für unser Gewerbe und seine Erzeugnisse in weiteste Kreise getragen.

Unsere Leipziger Mitglieder seien darauf aufmerksam gemacht, daß der Großfilm „Geist und Maschine“ am Sonntag, dem 4. Dezember, vormittags 12 Uhr, im Ufa-Theater „Univerlum“ in einer jeder-

Zählst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 49. Wochenbeitrag für 1927 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten. Achte auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

mann zugänglichen Veranstaltung des Deutschen Kultur-, Schutz- und Volksfilms zur Vorführung kommt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Lokalbeiträge der Zahlstelle Bielefeld sind neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen vom 1. Januar 1928 ab in

Table with 5 columns: Beitragsschasse, I, II, III, IV, V. Values: 84, 94, 94, 94, 94; 5, 10, 15, 20, 30.

Adressenänderungen.

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.

Coburg: B: E. Neuf, Seidemannsdorfer Str. 11c II. K: U. Müller, Lauterstr. 9 I.

Münster i. W.: B u. K: U. Gebler, Hoppendamm 2. Reiseunterstützung wird bis auf weiteres in Münster nicht ausgezahlt.

Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

- Die wirtschaftliche Aufstellung Deutschlands. Der schlechte Tarifstreit. Der Ausschuß des DGB. Der Bundesausschuß des DGB. zur Wirtschaftslage. Gute Geschäfte. Künstliche Bucheinbände. Die Zentral-Kranken- und Bez. äbnisliste der Buchbinder. Zur Unterhaltung: Freiheit. (Gedicht). — Das Weib-nachtsfest des Arbeitslosen. Berichte: Berlin. — Hannover. — Hannover. — Leipzig. — Magdeburg. — Magdeburg. — Nürnberg-Fürth. — Plauen. — Sonneberg. — Würzburg. — Zwickau. Das Buchgewerbe im Film. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Lokalbeiträge. — Adressenänderungen. Sterbefälle.

Sterbefälle.

- Im Monat November sind nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden: — Annaberg: Hermann Schreiter, Kartonnagenarbeiter, 42 Jahre, Lungenleiden. — Berlin: Karl Moritz, Buchbinder, 68 Jahre, Herzschlag. — Margarete Brüßan, Buchbinderin, 18 Jahre, Bauchfellentzündung. — Paul Nowak, Buchbinder, 51 Jahre, Nierenleiden. — Artur Fischer, Buchbinder, 33 Jahre. — Bielefeld: Paula Menendiet, Kartonnagenarbeiterin, 27 Jahre, Lungenentzündung. — Braunschweig: Margarete Brange, Buchbinderin, 23 Jahre, Kopfgrippe. — Dresden: Olga Zimmermann, Kartonnagenarbeiterin, 35 Jahre, Darmentzündung. — Emmy Hamann, Papierwarenarbeiterin, 22 Jahre, Unterleibsleiden. — Eddy Peschel, Papierwarenarbeiterin, 36 Jahre, Operation.

Allen ein ehrendes Andenken!